

Die "Freie Presse" erscheint täglich einmal als Morgenzeitung und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Auersberg-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei letzter Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Fernsprecher: Danfa 1970, 1071 und 1972. Redaktionsleiter: Dönhoff 5593.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die werbefreie Werberzeile ober deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inserentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192 Berlin SW, 68, Ritterstr. 73, III.

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeitslosenunruhen in Wien

(CP.) Wien, 23. August. Heute vormittag fand in Wien eine Versammlung der Arbeitslosen statt, in der festgestellt wurde, daß der Bescheid der Regierung auf die Forderung der Arbeitslosen unzulänglich sei. Nach kurzer Versammlung sprachen die Arbeitslosen, mehrere tausend Mann stark, vor dem Parlament. Um die Mittagszeit verbreitete sich das Gerücht, daß der Sozialist Fritz Adler ermordet worden sei. Die Demonstranten verließen dieses Gerücht in äußerster Erbitterung. Sie durchbrachen die die Kampe des Parlaments abtrennende Polizeigarde, stürzten die Kampe hinauf und es gelang einem Teil in das Gebäude einzudringen. Die Polizei mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen, wobei einige der Demonstranten verwundet wurden. Nach einiger Zeit gelang es der Schutzpolizei, die Demonstranten zu zerstreuen. Einige Fenster und Türen des Parlaments wurden zertrümmert. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Die demonstrierende Menge wurde auf ungefähr 6000 Personen geschätzt.

Streik und Teuerungskundgebungen in Oberschlesien

Beuthen, 23. August. Die gesamte Belegschaft der Hohenollergrube streikt seit gestern wegen Entlassung eines Mitgliedes des Betriebsrats. Zwei Gewerkschaftssekretäre haben sich nach Berlin begeben, um die Angelegenheit Minister Severing vorzutragen. Gleichzeitig ist auch der Gewerkschaftsrat in den Streik getreten.

Beuthen, 23. August. Heute fanden hier Kundgebungen gegen die Teuerung statt. Mittags veranstaltete die Belegschaft der Pulschmühlwerke einen Umzug. Zu Ausbreitungen ist es nirgends gekommen.

Abreise des österreichischen Bundeskanzlers

Berlin, 23. August. Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und des ihn begleitenden Finanzministers Seagr bei der Reichsregierung in Berlin hat gestern abend mit der Abreise der Oesterreicher nach Wien seinen Abschluß gefunden. Die politischen Verhandlungen, die gestern abend beim österreichischen Gesandten Niede eingeleitet wurden, wurden heute mittag vor einem Frühstück, das der Reichskanzler den Vertretern der österreichischen Regierung gab, fortgesetzt und am nachmittag zu Ende geführt. Den Besprechungen wohnten auch die Finanzminister der beiden Staaten und der deutsche Reichswirtschaftsminister bei.

Der österreichische Bundeskanzler erörterte ausführlich die Lage, wie sie sich vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus für Oesterreich nach dem Ausgange der Konferenz von London ersehen hat. Bekanntlich wurde Oesterreich von London erachtet, daß Befähigung wurde Oesterreich verbort hinsichtlich der Kreditfrage an den Völkerbund verbort. Der Bundeskanzler sagte dar, daß Oesterreich nach Lage der Dinge selbstverständlich seine Angelegenheit beim Völkerbunde mit allem Nachdruck betreiben werde, daß aber eine Verschleppung von den größten Nachwirkungen nicht nur für Oesterreich, sondern auch für Zentraluropa sein müßte.

Die Besprechung eracht vollkommene Übereinstimmung darüber, daß Oesterreich bis zur Erledigung der Kreditfrage trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es naturgemäß auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen ist, in der Zwischenzeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Am Anschluß hieran wurde eine Reihe von Einzelfragen erörtert, wobei auf deutscher Seite Bereitwilligkeit betonte, im Rahmen des eigenen Könnens dem bedrängten Brudervolke, wo irgend möglich, Hilfe zu leisten. Weitere Verhandlungen über die sich hierbei ergebenden konkreten Aufgaben schließen sich an die Berliner Besprechungen an.

Englischer Goldmangel

(CP.) London, 23. August. "Daily Express" teilt mit, daß die englischen Goldzahlungen an Amerika wegen Mangel an Gold eingestellt worden sind. In den letzten drei Wochen wurden eine Million Pfund Sterling an Amerika abgewickelt. Das Blatt appelliert an die Bevölkerung, das gewöhnliche Gold wieder an die englische Bank zurückgeben zu lassen.

Englische Pressestimmen gegen Poincaré

(B.Z.) London, 23. August. "Daily Chronicle" schreibt: Die Besetzung des Ruhrgebietes wird keinen französischen Franc und kein einlässliches Pfund schaffen. Auch läßt man, daß Deutschland wesentliche Summen zahlen kann, wenn man ihm eine Atempause gestattet. Wir glauben, daß Frankreich Reparationen nicht erhalten kann, indem es Armeen schafft oder Armeen in Gana legt, oder immer wieder das alte Kriesesystem ankündigt. Es kann sie auch nicht erhalten, wenn es Deutschland zurückhält. Die wahre Methode ist von dem internationalen Sachverständigen- und dem internationalen Bankierenausschuss anzuordnen worden. Es ist Frankreich, das den Sperling in der Hand nicht wollte und lebt verzweifelt nach der Taube auf dem Dache verlaßt.

"Westminster Gazette" schreibt: Der rasche Sturz der Mark zeigt, wie kritisch die Lage in Deutschland ist. Wenn schon die französischen Drohungen ein solches Ergebnis haben, was wird dann erst auf eine Aktion folgen? Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Poincaré es sich wohl überlegen werde, bevor er gegen das Urteil der Welt zur Aktion über seine.

England wartet gelassen

London, 16. August. Der Londoner Berichterstatter des B.Z. erzählt, daß in britischen Kreisen die mit bezug auf die Reparationsfrage entstandene Lage keineswegs trostlos aufgefaßt und daß der Entscheidung der Reparationskommission in Ruhe entgegen gesehen werde.

Aufhebung der Maßnahmen im Elsaß?

(B.Z.) London, 23. August. Der Pariser Berichterstatter der "Times" meldet: Es ist wahrscheinlich, daß die kürzlich gegen Deutschland in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßnahmen demnächst aufgehoben werden.

Michael Collins erschossen

In der Nähe von Bandon in der Grafschaft Cork wurde der irische Finanzminister Michael Collins aus einem Hinterhalt erschossen. Collins gehörte zu jenem Teil der Sinnfeiner, die gegenüber den englischen Vorschlägen über die Errichtung des irischen Freistaats nicht unversöhnlich blieben und sich von De Valera absonderten. Dadurch entstand zwischen den beiden Flügeln, die jahrelang gemeinsam den Kampf um die Unabhängigkeit Irlands geführt hatten, erbitterte Feindschaft. Wenn auch die Meldung über die Erschießung Collins nichts in bezug auf den oder die Täter besagt, so dürfte doch die Annahme gerechtfertigt sein, daß Collins durch die Hand eines fanatischen Anhängers, des De Valera-Flügels, gefallen ist.

(CP.) Dublin, 23. August. Wegen der Ermordung Michael Collins wird das irische Parlament entgegen der gestrigen Meldung unverzüglich einberufen werden. Die erste Sitzung wird Sonnabend eröffnet werden.

(CP.) Dublin, 23. August. Der irische Generalkommandant richtete eine Proklamation an die irische Armee, worin er die Angehörigen der Armee auffordert, auf ihren Posten zu bleiben.

Rußland will abrücken

London, 23. August. Reuter erzählt: Nach einer Meldung aus Bessarabien hat die Sowjetregierung durch ihren dortigen Vertreter der finnischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der sie sie einlädt, Vertreter zu einer Abrüstungskonferenz zu entsenden, die am 5. September in Moskau stattfinden soll. Die Note erklärt, daß Letland und Estland beide die Einlabung der Sowjetregierung annehmen haben und daß diese Einlabung auch an Rumänien überlandt worden ist. Polen sei auch eingeladen worden, habe jedoch vorgeschlagen, die Konferenz zu verschieben, bis der Völkerbund seine Entscheidung in der Abrüstungsfrage getroffen habe.

Hei lewet noch!

(CP.) Konstantinopel, 23. August. Aus Buchara wird die Nachricht von der Ermordung Enver Paschas demontiert. Enver Pascha habe am demselben Tage, an dem er angeblich ermordet wurde, in Buchara den Vorsitz einer Versammlung geführt. Man glaubt, daß es sich bei dieser Meldung um eine Verwechslung mit einer Enver Pascha ähnlichen Persönlichkeit handelt.

Das Schutzesetz gegen links

(B.Z.) Hamburg, 23. August. Die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf vier Wochen polizeilich verboten worden.

Dieses Verbot ist ebenso verkehrt wie das der Berliner "Roten Röhne". Durch derartige Repressalien ist die durch unerhörte Ausbeutung aufs äußerste gereizte Arbeiterklasse nicht zu beruhigen. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung ihre Generale endlich darauf konzentriert, der Bevölkerung die elementarsten Lebensbedingungen zu sichern.

Vor einer Bauarbeiterausperrung in Ostpreußen

(B.Z.) Königsberg, 23. August. Wie die "Königsberger Allgemeine Zeitung" meldet, haben die Arbeitervereinigungen des Baugewerbes beschlossen, die Aussperrung der Bauarbeiter auf die ganze Provinz auszudehnen. Die Aussperrung soll am Donnerstag erfolgen.

Was wird aus Oesterreich?

Der österreichische Ministerpräsident Dr. Seipel befindet sich jetzt nahezu zwei Tage in Berlin und noch ist über das, was er der deutschen Regierung sagen wollte, die Unklarheit ebenso groß, wie sie es war, als Dr. Seipel Wien verließ, um über Prag nach Berlin zu fahren. Nur eines war klar von vornherein: der Anlaß zu der Reise Seipels ist die wirtschaftliche Not, die Oesterreich bis über den Hals gestiegen ist.

Die Not Oesterreichs hat einen Grad erreicht, an den selbst die Katastrophe der Mark und die sprunghaften Preissteigerungen, die Deutschland in den letzten Wochen erlebt hat, nicht heranreichen. Die Geldentwertung, die die österreichische Krone auf etwa 1/10 des Wertes der deutschen Mark herabgedrückt hat, hielt während der letzten Zeit des Sturzes der Mark mit diesem fortwährend Schritt. Die Folgen waren Preissteigerungen von noch katastrophalerem Ausmaß wie in Deutschland und eine völlige Entwertung der ohnehin schon kärglichen Bestände der Staatskassen. Die Regierung des christlich-sozialen Bundespräsidenten Seipel, eines Gegners der Anschlußbewegung an Deutschland, hatte nach der Enttäuschung aller Versuche, Anleihen von den Ententemächten zu erhalten, einen Finanzplan aufgestellt, von dem sie Oesterreichs Rettung aus eigener Kraft versprach. Praktisch bedeutete jedoch dieser Plan nicht mehr, als den tragikomischen Beweis, daß Oesterreich heute selbständig nicht lebensfähig ist, denn seine Durchführung wurde abhängig gemacht von der Gewährung eines englischen 15 000-Pfund-Kredits, der nicht zu haben war um eben dieser Lebensunfähigkeit willen. Die Verweisung des Kreditantrags an den Völkerbund wurde in Wien von keinem Menschen anders aufgeföhrt denn als eine höfliche, aber tühle Ablehnung; wie richtig das war, zeigt die Abgabe der großen vom englischen Kapital abhängigen Wiener Anglobank, die sich an dem Rettungsplan des Herrn Seipel nicht beteiligen will.

In dem Augenblick, da so alle finanziellen Rettungspläne wie Streu zerstoßen, sah sich die bürgerliche Regierung Seipel plötzlich vor die Tatsache leerer Kassen und der Unmöglichkeit der bevorstehenden Gehaltszahlungen an die Beamten gestellt. Diese Not ist es, die Herrn Seipel nunmehr ins Ausland trieb, um dort Hilfe zu suchen, und was er mit auf die Reise nahm, das waren wohl kaum mehr Pläne, das waren nur mehr Trümmer zerbrochener Hoffnungen und völlige Ratlosigkeit.

Wohl orakelte die Presse tagelang über die geheimen Absichten Dr. Seipels, die hinter den weit gestreuten Phrasen des offiziellen Communiqués von dem "mitteleuropäischen Problem" und "politischen Besprechungen" sich verbergen sollten, obwohl da an bestimmten Absichten kaum viel mehr vorlag, als der Reiseplan über Prag nach Berlin und später nach Rom selbst. Doch auch diese Route allein ist nicht uninteressant. In dem Augenblick, da Herr Seipel, der Gegner des Anschlusses an Deutschland, seine These von der Existenzfähigkeit des heutigen Oesterreich kläglich gescheitert sieht, wendet er sich um Hilfe zunächst nach Prag. Leidet Oesterreich an der Krise des katastrophalen Valutassturzes, so leidet die Tschechoslowakei an der Krise der permanenten Valutaerhöhung. Fehlen Oesterreich die Rohstoffe, die seiner Industrie unerlässlich sind, leidet es Not an Lebensmitteln, an allen Gegenständen des täglichen Bedarfs, so verhindert die hohe Valuta der ringsum von valutaschwachen Ländern umgebenen Tschechoslowakei die Ausfuhr, und das Land ist in eine Absatzkrise gestürzt, die zur Stilllegung eines großen Teiles der Produktion geführt hat. Was liegt hier näher, als die beiden Gegenstände zu vereinigen und sich ergänzen zu lassen, Oesterreich die tschechischen Rohstoffquellen, der Tschechoslowakei den österreichischen Absatz zugänglich zu machen. Die Wiener "Neue Freie Presse" fordert daher im Anschluß an eine Aeußerung des italienischen Außenministers Schanzer über eine mögliche Zollverbrüderung Oesterreichs und Italiens und darüber hinaus mit der Tschechoslowakei die Aufhebung der wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen, das heißt der Zollgrenze zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei. Nun sind es aber keineswegs diese Hölle, die die heutige Lage Oesterreichs verschulden. Nicht, wie in Deutschland, die Reparationszahlungen haben irgend welche unerfüllbaren Verpflichtungen oder würgenden Maßnahmen, die aufzuheben oder durch Verständigung abzustellen wären, die österreichische Katastrophe herbeigeführt, es sei denn die Verpflicht-

lung zu seiner eigenen selbständigen Existenz, es sei die Maßnahme, durch die der österreichische Staat von den Staatsmännern der Entente im Friedensvertrage von St. Germain geschaffen wurde. Das heutige Österreich besteht im wesentlichen aus der großen Industriestadt Wien, die angewiesen auf Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, ein großes Hinterland braucht, und einigen Landstrichen, die ebenso zu klein wie zu arm sind, um das riesige Stoffwechsellager der Hauptstadt ertragen zu können. Diesem Mangel ist nicht abgeholfen durch die Wiedereingliederung oder Beseitigung einiger Zollerwerbungen. Das österreichische Volk ist vor der bevorstehenden Hungerkatastrophe nur zu retten durch die Beseitigung dieses unmöglichen Staates als eigenes Wirtschaftsgebiet selbst durch seinen Anchluss und sein Aufgehen in das Wirtschaftsleben eines der ihn umgebenden Länder. Ein Anschluss Österreichs an die Tschechoslowakei, der auch als ein zunächst wirtschaftlicher zu politischen Folgen führen würde, ist nun aber diesem Staate selbst am wenigsten erwünscht. Froh, die höchsten Bogen des Nationalitätensampfes überwunden zu haben, denkt die tschechoslowakische Regierung nicht daran, die deutsche Minderheit der Bevölkerung ihres Landes durch Österreich ungemein zu verstärken und die notdürftig hergestellte Ruhe wieder zu gefährden. Was also die Tschechoslowakei hätte geben können, kann Österreich nicht retten, was Österreich retten kann, vermag sie nicht zu geben, und es ging auch die Besprechung des Herrn Seipel in Prag aus mit der Empfehlung an den Völkerbund, die schon Lloyd George als bequemste Form der Ablehnung gewählt hatte.

Ähnlich wie mit der Tschechoslowakei liegen die Dinge mit dem bereits erwähnten Plan einer italienisch-österreichischen Zollunion des italienischen Außenministers. Auch hier wird die Wurzel des Übels nicht getroffen, und was sie treffen könnte, nicht gewährt.

Die dritte und letzte Möglichkeit für Österreich ist der Anschluss an Deutschland, dem jedoch ein Anschlussverbot im Frieden von St. Germain entgegensteht. Würde auch hier Österreich alles andere eher wägen als eine rosigte Zukunft, würde es aus der Krise der Existenzunfähigkeit geraten in die Krise der Reparationen, so würde der Anschluss an Deutschland doch, das heute über das österreichische Volk gesprochene sichere Todesurteil zunächst aufheben, und für seine Existenz, die heute völlig unmöglich erscheint, die, wenn auch vielleicht ferne und dornenreiche, Möglichkeit einer Lösung der Reparationsfrage eröffnen. Dieser Weg, so schwer er ist, er ist nicht nur der naheliegendste und natürlichste, er ist nach Lage der Dinge der einzig mögliche. Das Anschlussverbot des Friedens von St. Germain hatte zum Zweck, ein Deutschland des Revanchegedankens zu schwächen. In der Tat schwächte es lediglich die Republik gegen die nationalistischen Heber und Revancheschreier, denen er ein billiges Argument lieferte. In der Tat bewirkte er nur, daß die Republik, der im Süden die Stütze des starken republikanischen Wiener Proletariats fehlte, in ihrem Konflikt mit den bayerischen Ludendorffern geschwächt wurde. Gerade die Stärkung der Republik und der deutschen Arbeiter gegen die Revanchemänner und die Reaktion erfordert heute die Aufhebung des Anschlussverbotes ebenso sehr wie die katastrophale Lage Österreichs.

Hier die notwendigen Schritte bei der Entente vorzubereiten, auf daß sie dem Völkerbund Gelegenheit gebe, die Hilfe zu schaffen, die allein wahre Hilfe ist, dürfte allein der Sinn der Reise des Dr. Seipel sein, wenn seine Reise einen Sinn überhaupt haben soll. Sind auch große Widerstände zu überwinden, ist der Weg auch schwer und schmerzvoll, es ist der einzige und der notwendige.

Große Waffenfunde in Thüringen

Dem Regierungskommissar Rennert in Meiningen war schon seit längerer Zeit bekannt, daß in Meiningen und Umgebung Waffen und Munition versteckt lagen. Die angestellten Ermittlungen führten zur Kenntnis der Verstecke und der beteiligten Personen. Seit Sonntag ist die Beschlagnahme und Erfassung der Waffen und Munition eingeleitet. Es sind bisher aufgefunden und beschlagnahmt: 15 Maschinengewehre, 25 Maschinengewehrpistolen, 50 Infanteriegewehre, 60 000 Schuss Infanteriemunition, 400 Handgranaten, 23 Kisten Granatwerfer-Munition und sonstige Sachen, die noch nicht alle genau festgestellt werden konnten.

Die Spitzenverbände beim Reichskanzler

(S.) Reichskanzler Dr. Brüch wird am heutigen Donnerstag nachmittag die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in der Reichskanzlei empfangen, um von ihnen die Forderungen zur gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage des Reiches entgegenzunehmen und diese mit ihnen zu besprechen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte am gestrigen Mittwoch seinen Vorstand sowie seinen Finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuss einberufen, um zu der augenblicklichen und wirtschaftlichen und finanziellen Lage Stellung zu nehmen und die daraus sich ergebenden Forderungen der kritischen Gewerkschaften zu formulieren.

Leusch sträubt sich

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ läßt Leusch folgendes schreiben:

„Die Zeitungen beschäftigen sich mit einer Meldung, wonach der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Professor Dr. Paul Leusch, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden sei. Dazu ist zu bemerken, daß dem „Ausgeschlossenen“ davon nichts bekannt ist und daß das bisherige Verfahren, das übriens in der Welt des Beschuldigten statgefunden hat, nur ein Vorverfahren sein kann. Der Vorwurf, der gegen Leusch erhoben wird, besteht darin, daß er die Zeitung der „D.A.Z.“ übernommen hat, was, wie der „Vorwärts“ mitteilt, die eingeleitete Untersuchungskommission als eine ehrlose Handlung im Sinne der Partei erklärt hat. Demgegenüber kann nur darauf hingewiesen werden, daß über den Begriff der „ehrlösen Handlung im Sinne der Partei“ innerhalb der Sozialdemokratie die Anschauungen sehr auseinandergehen können; denn der „Vorwärts“ selber erklärt seinerzeit die Haltung von Leusch keineswegs als des Ausschlusses würdig, und die lokale Parteiorganisation, der Leusch angehört, hat es stattdessen abgelehnt, ein Ausschlussverfahren zu beantragen. Das Parteistatut der Sozialdemokratie sieht für solche Fälle die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts vor, von dem bisher noch keine Rede war. Es ist nicht anzunehmen, daß die Partei sich über ihr eigenes Organisationsstatut hinwegsetzen will.“

Formell hat Leusch ja recht, wenn er sich auf das im Parteistatut vorgesehene Schiedsgericht beruft. Aber die Rechtssozialisten haben vor ihm bereits Wagnis ohne Schiedsgericht abgeschlossen. Helfen wird Leusch seine Abgebühtheit also nichts. Sie zeigt jedoch, bis zu welchem Grade die Rechtssozialisten Renegaten gegenüber Geduld üben, ehe sie sich zum Durchgreifen entschließen. Auch Leusch müßte erst den gemeinen Artikel über die „Parlamentarier“ schreiben, ehe das Maß überlief.

Der endgültige Staatsgerichtshof

Der Reichsjustizminister hat den auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli d. J. zu bildenden Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik mit Wirkung vom 1. September d. J. errichtet. Es sind ernannt zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes: Senatspräsident Dr. Hagen, als Vorsitzender, die Reichsgerichtsräte Dr. Baumgarten und Dohn, der Universitätsprofessor Dr. van Colter, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, Landtagsabgeordneter Hartmann, der württembergische Gefandte Hildenbrand, der Verbandsvorsitzende Jädel und Hermann

Müller-Potsdam; zu stellvertretenden Mitgliedern der Senatspräsident Dr. Schmidt und Reichsgerichtsrat Niedner als stellvertretende Vorsitzende, die Reichsgerichtsräte Adolf Müller, Dr. Nieland und Jeller, der Abgeordnete Aufhäuser, der Verbandsvorsitzende Brandis, der Schriftleiter Joss, der Kreisbaupolizei Lange, der Staatsminister a. D. Reinde-Bloch, der Staatsminister a. D. Dr. Rheinhold und der Reichsminister a. D. Wiffel.

Zum Untersuchungsrichter und zugleich zum Ermittlungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik sind der sächsische Landgerichtsrat Dr. Richter und der preussische Kammergerichtsrat Wolff bestellt.

Um die Auflösung des sächsischen Landtages

Dresden, 23. August. Der sächsische Landtag unterbrach heute die Ferienpause um in einer besonderen Sitzung zum Volksbegehren auf Auflösung des Landtages Stellung zu nehmen. Außer der diesen Gegenstand betreffenden Regierungsvorlage stand noch ein sozialdemokratischer Antrag auf der Tagesordnung, der eine befristete Auflösung des Landtages vorschlägt und bezweckt, daß der alte Landtag bis zum Zusammenritt des neuen weiter tagen soll. Da dieser Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt, ist zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Nach längerer zum Teil härmischer Aussprache beschloß das Haus mit den Stimmen der drei Linksparteien, sowohl die Regierungsvorlage wie den sozialdemokratischen Antrag zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtages, in welcher der Rechtsausschuß Bericht erstaten soll, ist für die erste Hälfte des Septembers in Aussicht genommen.

Verstärkung der Regierungsdiktatur in Rußland

(S.) Riga, 21. August. Auf der letzten kommunistischen Reichskonferenz hat der rechte Flügel der Partei einen Antrag eingebracht: Der Rat der Volkskommissare möge zum bevorstehenden Rätekongreß eine Vorlage ausarbeiten, wonach die Tätigkeits- und Rechte der Regierung in der inneren und äußeren Politik erweitert und nur ihre Verantwortung vor dem des russischen Zentralen Exekutiv-Komitees aufrechterhalten wird.

Laut dem neuen Projekt soll das Präsidium des Zentralen Exekutiv-Komitees lediglich eine kontrollierende und beobachtende Funktion ausüben, während der Vorsitzende des Zentralen Exekutiv-Komitees die Rechte eines Präsidenten der Sowjetrepublik erhält.

Die Meldung zeigt, wie schwer die Gegensätze zwischen rechts und links mit einander in der RPR ringen. Während die Rechte eine strikte Demokratisierung anstrebt, will die Linke eine Verstärkung der terroristischen Diktaturmethoden. Ihr Bestreben richtet sich offenbar gegen Lenin, dem jetzt Kallinin, der Vorsitzende des Zentral-Exekutiv-Komitees, von den Linken entgegengesetzt wird.

Neue Verhaftungen

London, 23. August. (S.P.) „Times“ melden aus Riga, daß in Moskau, Petersburg und im übrigen Rußland zahlreiche Führer der russischen Intelligenz verhaftet werden.

Schwerer Disziplinbruch! In der RPD ist etwas unerhörtes passiert: Das „Norddeutsche Echo“, das kommunistische Organ für Norddeutschland, hat sich eine Auslieferung gegen die Moskauer Exekutive zuschauen lassen, indem es einen mit neuen Parolen aus Moskau kommenden Aufruf (vom 5. August) einfach unterschlug. Der Aufruf wanderte offenbar direkt in den Redaktionspapierkorb. Hoffentlich haben Nadel und Sinowjew das nicht bemerkt, sonst könnte es den Frevelern auf Grund der 21 Punkte schlecht ergehen.

Der zehnte russische Rätekongreß. Entsprechend der Verfassung hat das russische Zentral-Exekutiv-Komitee beschlossen, den zehnten russischen Rätekongreß zum 20. Dezember d. J. einzuberufen.

Filmchau

Der Ausfall unserer „Filmchau“ in den letzten drei Wochen rechtzeitig sich dadurch, daß die neuesten deutschen Filmzeugnisse wohl minderwertig, doch von einer so uninteressanten Minderwertigkeit waren, daß sich eine, wenn auch ablehnende, Auseinandersetzung mit ihnen nicht lohnte hätte. Woan auch auf die Entrüstung über die einzelnen Minderwertigkeiten zuviel Energie verwenden, wenn sie alle ja doch einander gleichen, demnach ein Beispiel genügt, um die genaue Gattung zu kennzeichnen. Es nennt sich: Die Dame und ihr Koffer, ein Fabrikat der „Neo“, das heißt Ullstein u. Co. Der Regisseur ist Heinz Ulstein, die Hauptdarstellerin Anne Ulstein, es handelt sich also eigentlich um einen Film der „Neo“, das heißt der Ullstein-Familie. Was natürlich noch nicht besagen würde, daß er schlecht sein muß; obgleich die Hauptdarstellerin selbst im Vertrauen zu ihrem ehelichen Namen zu schwanken scheint, wenn in einigen Programmpunkten gibt sie sich als Aljuna Kavalan aus, als die sie freilich unfähig ist, wie sie es als Anne Ulstein kaum wäre, weil man dann vielleicht kleinere Anforderungen an sie stellen müßte. Ein langvoller Name verpflichtet! Kurz: sie, eine Baronin, verliebt sich zum Spah in einen Kriegergehilfen, aber nicht weil sie sich verliebt, sondern weil eine Diva Gelegenheit haben will, beim Steigen aus dem Bett, bei der Toilette, beim Maniküren sogenannte „mondäne“ Fähigkeiten zu entfalten. Einem Verehrer, der ihr sein Schlafzimmer zeigen will, sagt sie: „Sie überschätzen meine Reugerde!“ Diesen Satz möhren wir ihr zurufen, wenn sie sich entkleidet oder schminkt oder kiffiert. Doch das ist schließlich belanglos. Was diesen Film zum typischen Beispiel für die Filmfremdheit der deutschen Fabrikation macht, ist folgendes: Eine der Hauptpersonen, ein früherer Theaterkünstler, ist mit der dramatischen Handlung durch nichts weiter verknüpft, als dadurch, daß diese Person bei passenden und unpassenden Anlässen klassische Zitate herlegt, die selbstverständlich als Zitat auf der Leinwand erscheinen. Also ein Verdrängen des Hitzhofen durch das Wort, ein Ubergreifen des Films in das Gebiet der Sprechtheater, der Oper, der Operette — diese Tendenz kennzeichnet die deutsche Produktion heute mehr als je zuvor.

Eine Ausnahme bestätigt die Regel. Diese erfreuliche Ausnahme ist „Lutje Kletterer“ (im Ufa-Palast). Hier ist die Uebertragung eines Bühnenwerks — Schiller's „Räuber und Liebe“ — ins filmische, wenigstens zum Teil, gelungen. Und das darum, weil Carl Froelich, einer der besten Regisseure, sich nicht an die theatralische Wirk-

samkeit des Dramas, des an Aufbau musterhaftigsten der Welt dramatik, hielt, sondern aus den Reden des entnahm, was auf der Bühne Temperamentsäußerung, für den Film aber durch Bilder zu beleben ist. Es ist gut, daß die Reiseschicksale dabei zu kurz kommen, denn im Vordergrund eines Films würde sie wie ein Nährstück der Dickschiffen amuten. Froelich empfindet das und bekennt vor allem, wie er sagt: Die größeren filmischen Möglichkeiten auszunutzen, das leidenschaftlich bewachte Feld der Politik, wo gefast wird, was erst in späteren Zeiten reift.“ Die flammenden Worte eines Schiller werden zu Illustrationen, und wenn diese naturgemäß auch viel zu schwach sind, um die ganze Glut seiner Auslehnung gegen Zorannei und Menschenfurchung durchbrechen zu lassen, so wollen wir doch schon für den kleinen Rest, den der Film davon auffängt, dankbar sein: Da ist ein Landesvater, der zur Anschaffung eines Schmucks für seine Brautresse Geld braucht. Nun, er hat ja Landesvater, und der König von England kauft „Menschenmaterial“ für den Krieg in Amerika. Soviel Gründe für seine Vermundeten, soweit für jeden Tod. Abgemacht; doch steht es jedem Untertan frei, sich anwerben zu lassen, das heißt, er wird im Begehrungsfall gezwungen und, falls er sich auch dann noch widersetzt, erschossen. Im Landtag wagt eine Stimme den schüchternen Einwand, man solle doch nicht einer Leine des Narren das Blut des Volkes opfern, worauf im Saal „ein Leinwand mit zehn Raun“ erscheint und den Landtag auflöst. Ja, die gute alte Zeit! Doch das vermag sich leicht, und auch die Augen dieses Weltkriegs ist — wie Karl Kraus sagt — der Menschheit zu einem Dürftigen, zum andern hinaufgegangen.“ Mit dieser Vergeßlichkeit rechnen anschließend unsere Monarchisten, wenn sie es wagen, den Kaiser Friedrich II. zu beklagen. Friedrich antwortet nämlich auf das Ansuchen des oben erwähnten Landesvaters, den Durchnuß der verabschiedeten Untertanen durch Preußen zu gestalten: „das wäre Hundsfotterei!“ Wozu man ihn deswegen umzubeln? Ist es ein so großes Verdienst, wenn jemand, der ein Volk zu „regieren“ sich anmaßt, zu einer so einfachen Erkenntnis sich aufschwingt, wie sie auch dem schlechtesten seiner Untertanen gewiß schon längst aufgedämmert ist? Und dennoch: ist er ein Verdienst, und auch die Leute, die da jubeln, scheinen es begriffen zu haben, daß ein anerkannter Ausnahmefall vorliegt, wenn ein König nicht gleich unter dem geistigen Niveau seines letzten Bürgers steht und wenn es sogar der Hohenzollern-Familie ein einziges Mal vergönnt war, einen solchen Spruch hervorzubringen. Bleibt nur noch zu erwähnen, daß Friedrich den Verkauf von Landesvatern zwar für hundsfottisch hielt, ihn aber stillschweigend doch betreiben ließ!

Dollo Koffler.

Film und Arbeiterpresse

An der Filmindustrie heißt es, ich sei ein Kritiker, der sich nicht beneidern könne; während ich tatsächlich nur einer bin, der sich bisher nicht begeistert hat, und zwar deshalb nicht, weil er es eben kann! Was ich nicht kann, ist den letzia fortwährenden Verfall der deutschen Filmkunst in ihre Abwärtsentwicklung umhau, damit der Produzent, nach dessen Melodie der arste Teil der Presse mehr oder minder dienestlich tanzt, nicht durch eine dem Taft des Meians sich nicht fuaende Bewegung verlegt werde. Meine oft wenig schmeichelhafte Kritik wird selbst von den Betroffenen nie anders als für sachlich und gerecht erklart, und zwar nicht ohne Grund, denn „sie hört das Bescheid“, und daran allein kommt's an! Deshalb machen sich in letzter Zeit Behauptungen bemerkbar, die „Arbeiter“, man mal auch den „Vorwärts“, von bestimmten Filmvorführungen auszuscheiden, so in einem Fall ist sogar die Erklärung abgeben worden, man lese „keinen Wert auf die Stimme der Arbeiterpresse“!

Wir wollen abwarten, ob sich das zu einem System aufwacht und welche Stellung die Filmindustrie zu einem solchen Vorhaben vorläufig noch verunsichert aufstehenden Botschaft einnehmen wird. Wer es billigt, wird sich darauf gefasst machen müssen, daß die Arbeiterkraft, auf deren Unterstützung man seinen Wert legt, wenigstens doch Wert aufgelegt wird auf die zu 80 Proz. aus Arbeitergeld bestehenden Einnahmen — denn nicht die paar Klentypen des Berliner Wochen, sondern die paar tausend Arbeiterinnen ernähren den Film —, daß also die Arbeiterkraft der Aufforderung, auf die in Betracht kommenden Filme gleichfalls seinen Wert zu legen, entsprechen müßte. Die genossenschaftliche Presse der Provinz wird eine solche Aufforderung wohl auch unterstützen, damit der „Arbeiter“ sich gebärende Teil der Filmindustrie nur in die glückliche Lage gerote, nicht bloß auf die Presse, sondern auch auf das Eintrittsgeld nur des Kurfürstendamms setzen zu legen!

Tagesnotizen

Im Kupferkloster der Sächsischen Frauen wurde die Kuppelkuppel der Kuppelkuppel geschlossen. In ihrer Höhe werden die sechs archaischen Arbeiter des Mittelalters, die der Kuppelkuppel am 20. August eine Kuppelkuppel von Schwestern (Kuppelkuppel) schenken der Kuppelkuppel.

Die russische Tragödie

Die widerlichen Kadavrien, mit denen vorachtern in den großen Protestversammlungen die Berliner Kommunisten die Stimme der sozialistischen Arbeiterklasse zu erheben versuchten, waren gewiß selbst im Verhältnis zu allem, was man früher von diesen Leuten erlebt hat, eine Bilanzleistung. Die Gefinnung, oder besser die vollständige Gefinnungslosigkeit, die darin zum Ausdruck kam, daß man mit widerlichem Gebrüll den Appell an die Menschlichkeit zu unterdrücken suchte, ist nicht nur dadurch zu erklären, daß die Zentrale der deutschen kommunistischen Partei um ihrer Existenz willen alles aufbieten mußte, um nach Moskau einen Scheinerfolg melden zu können. Die politische Verrohung, die jede Überlegung und Selbstbesinnung mit bewußter Rücksicht erstickt, ist nur eine Folge des ganzen auf Pogrom wüster Verheerung und Verrohung aufbauenden demagogischen Agitations- und Kampfsystems der Kommunisten. Die Kräfte, die dort am Werke sind, sind zu feige und zu unfähig, einen wirklichen planmäßigen Kampf gegen das Vorgehen um den Sozialismus zu führen. Sie leisten sich den bequemeren und billigeren Sport der Menschheitsfresserei. Sie sind nicht imstande, auch nur das geringste aufzubauen. Von diesem sonatlichen Daß acht nur eine einzelne Krast der Verführung und der Berührung aller organisierten und aktiven Organisationskräfte der Arbeiterbewegung aus. Die maßlose, von keiner Einsicht und keinem Ideal gezähelte Hebe gegen jede geistige Leistung muß letzten Endes auch bei den Kommunisten ihre eigenen Kinder verschlingen. Der Kampf, der in ihrem elacnen Dause ununterbrochen vom linken Flügel unter der Führung Maslows geführt wird, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß jeder leise Versuch, den realen Verhältnissen Rechnung zu tragen, immer neuen Radikalismus gebiert, der schließlich zur vollständigen Unfruchtbarkeit und Ohnmacht führt. Die Hebe gegen die Intellektuellen, die Hebe gegen alle die Funktionäre, die in jahrausjahrelanger Arbeit die deutsche Arbeiterbewegung aufgebaut haben, die klassenfeindliche Abhängigkeit und Unterwürfigkeit jener unreifen Anführer, die die Führer der Kommunisten fast überall darstellen, sie führt mit Notwendigkeit zu diesem Ausdruck vollständiger Verrohung und Verrohung, wie wir ihn mit Schauern erleben mußten. Die Kommunisten täuschen sich, wenn sie glauben, diese ihre Seidentaten als Siege feiern zu können. Diese Siege werden sich gegen sie selber und werden zwischen ihnen und allen anständigen Elementen der Arbeiterbewegung einen unüberbrückbaren Wall aufrichten. Und in der Isolierung werden sie — zu einzelnen geistigen Leistungen unfähig — hoffnungslos zerbröckeln und zerbrechen.

Somit brauchen wir uns über die Folgen dieses Spektakels nicht zu beunruhigen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß dieser Skandal von Akzenten der Sowjetregierung veranlaßt wurde. Und das ist für die innerpolitischen Zwecke dieser Denker der russischen Revolution dienlich. Heute und morgen schon werden „Prozesse“ und „Sessels“ die einzelnen Presseorgane, durch die der russische Arbeiter unterrichtet wird, in großen Leitern dem stannenden russischen Proletariat die Vagenmär aufstischen, daß das ganze Berliner Proletariat die Verurteilung der Kontenrevolutionären Sozialrevolutionäre billigt. In den Betrieben Moskaus und Petersburgs und der anderen Industriezentren wird eine neue Hebe gegen die Träger der russischen Arbeiterbewegung beginnen. Die erlösnene Nachricht über die angeblich Tschelkew-freundliche Stimmung der Berliner Arbeiter werden einen neuen Vorwand und neue Ermunterung für diese Denkerarbeit bilden. In demselben Moment, in dem die offizielle russische Telegraphenagentur der stannenden Welt verkündet, daß in Rußland die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit rechtlich sichergestellt sei, beginnt in Wahrheit eine neue Verfallungskampagne gegen die russische Intelligenz, gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.

Die russische Arbeiterklasse hat in den vergangenen Jahren der Revolution übermenschliches geleistet. Sie hat sich im Osten, Westen und Süden gegen alle zaristischen Restaurationsoberläufe mit ihren Leibern vertheidigt. Die Wiederherstellung des kapitalistischen Regiments in der Form der Herrschaft der Arbeiterklasse durch die Sowjet-Bourgeoisie bedingt eine neue Sammlung und Zusammenfassung aller Kräfte der russischen Arbeiterbewegung, um in dieser Periode von der Revolution zu retten, was gerettet werden kann. Die Bolschewiki gehen dabei den Weg, der ihnen durch die geschichtliche Entwicklung vorgezeichnet ist. Erst haben sie einen großen Teil der Kraft der Arbeiterbewegung in unheimlichen und widersinnigen Experimenten zerrüttet. Sie haben durch die Zerstückelung der Arbeiterbewegung in unheimlichen kommunistischen Parteien das russische Proletariat seiner besten Stütze, des geschlossenen einmütigen Eintrages der europäischen Arbeiterklasse, beraubt. Sie zogen es vor, mit den Kapitalisten Westeuropas Geschäfte zu machen. Sie wußten jetzt auch in Rußland mit allen Mitteln das Verhindern, was die Arbeiterklasse und auch das russische Bauernum um seiner Zukunft willen nicht entbehren kann. Eine freiheitliche demokratische Entwicklung. Nur in der freien Luft einer wirklichen Volksherrschaft, in der die Arbeiterklasse ihre Organisationen ausbauen und stärken, den Kampf gegen den Kapitalismus frei und ungeschindert und ohne Unterdrückung durch die zaristischen Tschelkewen entfalten kann, besteht die Möglichkeit der Erhaltung der wirtschaftlichen Errungenschaften der russischen Revolution. Und das ist es gerade, was die Bolschewiki mit allen Mitteln verhindern müssen, wozu sie ihre rein kapitalistisch orientierte Politik ängeln. Für Staatskapitalismus duldet keine selbständigen Organisationen der Arbeiterklasse. Er duldet keine freie Meinungsäußerung und keine Pressefreiheit für das Proletariat. Er halt nach dem Worte des kommunistischen Ministeriums zwar die Form der Bourgeoisie, aber niederzukaufen läßt er sie auf das Haupt der Arbeiterklasse.

Der Terror, der gestern die Versammlungen der Berliner Arbeiterklasse unmöglich machte, er richtete sich nicht in erster Linie gegen die Massenorgane hier. Er bezweckte und wird zur Folge haben, die verschärfte Unterdrückung, ja Vernichtung der besten Kräfte des russischen Proletariats. Die großen Führer der Kommunisten sind gewiß zu einem großen Teil politisch nicht erst zu nehmen. Aber der eine oder andere von ihnen wird doch wissen, was sie tun. Sie leisten mit und unterstützen die Denkerarbeit, die die russische Revolution erwürgen will. Mit ihnen eine Gemeinschaft? Nie und nimmer!

Was die Terroristen nicht verhindern konnten

Altems Festfälle waren vorachtern abend bereits lange vor Beginn von den Moskauer Sprengkolonnen befehle, so daß die später kommenden Versammlungen der SPD. und USPD. im kleinen Saale eine Parallelversammlung abhalten mußten, die natürlich bei weitem nicht alle Einzelgehörigen aufnehmen konnte. Nach einem Referate des Landtagsabgeordneten Kuttner wurde von dieser Versammlung folgende Resolution angenommen:

Die von beiden sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften eintreffende Versammlung erhebt flammenden Protest gegen die über organisierte Sozialisten ausge-

sprochenen Todesurteile der russischen Antia und gegen die grausame Marterung der Verurteilten durch die unbestimmte Aufschubung der Hinrichtung. Sie verlangt die sofortige Freilassung der unerschrockenen Kämpfer, die sie als Klassenbewußte Kämpfer begrüßt. Ihre Hinrichtung würde ein neues Hindernis auf dem Wege der internationalen Einigung der Arbeiterklasse sein.

Groß-Hamburg

Während der augenblicklich in Hamburg stattfindenden Ueberseewoche hat der Reichspräsident Ebert in einer seiner Reden betont, daß das Reich eine schwere Schuld auf sich laden würde, wenn es nicht alles tun würde, um die weitere Entwicklung Hamburgs entsprechend seiner kommerziellen und industriellen Bedeutung sicher zu stellen. Ebert hat damit auf die Verhandlungen angespielt, die sich seit Monaten zwischen Preußen und Hamburg über die sogenannte Groß-Hamburg-Frage abgespielt haben. Hamburg, dessen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bedeutungsvoller Hafenverkehr heute bereits wieder den Friedensstand erreicht hat, hat für die Erweiterung seiner Hafen-, wie seiner Industrieanlagen einen großartigen Plan zur Schaffung eines einheitlichen Gebildes Groß-Hamburg entworfen. Dieses Groß-Hamburg sollte nach den ursprünglichen Plänen alle mit Hamburg in unmittelbarer Berührung liegenden Siedlungen, wie Altona, Wandsbek, Harburg und das dazu achäriale Siedlungsgebiet umfassen. Bei diesen Plänen, die auch bereits die Reichsstelle zur Wiederherstellung des deutschen Reiches beschäftigt haben, ist Hamburg bisher auf den hartnäckigen Widerstand Preußens gestoßen. Das selbe Preußen, das sich mit Neuerifer auf den Enklave-Proben irgend eines kleinen Staates fürzt (neulich noch wurde Vermont „annektiert“), betreibt in allen mit der Neugliederung Deutschlands zusammenhängenden Fragen eine

USP.-Funktionäre

Am Freitag, den 25. August, abends 7 Uhr, findet in der Böhlow-Brauerei, Prenzlauer Allee 24, eine

Große Funktionärkonferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt.

Tagesordnung:

Der Moskauer Prozeß und das Verhalten der RPD. Referent: Dr. Kurt Rosenfeld.

Alle USP.-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Obleute, Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute sind verpflichtet, zu erscheinen. Als Ausweis dient das Partei-Mitgliedsbuch und die Funktionärkarte.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Politik, deren Borniertheit von der wilhelminischen Regierung nicht übertriften werden könnte. So kränkt sich Preußen zum Beispiel in der enstimmigsten Weise gegen die Abtretung preussischer Enklaven an Thüringen, trotzdem die Vereinigung und Vereinheitlichung auch der territorialen Gliederung der einzelnen Länder schon aus Gründen der Ersparrnis eine Lebensnotwendigkeit ist.

Für die Groß-Hamburg-Frage hat man sich den Herrn Staatsminister a. D. Dr. Südekum verschrieben. Es ist erbeiternd und beirührend zu gleicher Zeit zu sehen, wie dieser Sozialdemokrat, nach dessen Meinung man die Verwaltung eines so wichtigen industriellen Aufnahmestützpunktes, wie Groß-Hamburg es sein würde, nicht den Hamburgern Arbeitermassen allein anvertrauen darf, die Enklavenheit eines beantragten Kooperations mit der Enklavenheit eines altpreussischen Mandarinen in einer Perion zu verbinden weiß. Er stellt den nicht zu leugnenden Bedürfnissen der Weiterentwicklung des Hamburger Hafens und des Hamburger Industriegebietes die wirtschaftlichen „Belange“ Preußens entgegen, das seine Wirtschaft und seine Belange zu verteidigen habe. Wir haben an der Groß-Berliner Frage zur Genüge erleben können, wie schon die nur kommunale Zerstückelung eines an sich zusammengehörigen Wirtschaftsgebietes auf Schritt und Tritt zur Fessel für die Weiterentwicklung werden kann. In der Groß-Hamburg-Frage wird das Bedürfnis nach Vereinheitlichung der Grenzen und Unterstellung des Ganzen wirtschaftlich zusammengehörigen Gebietes unter eine Staatsobhoheit noch viel dringender empfunden. Die Hamburger Sozialdemokraten folgen also nicht, wie Südekum meint, einem „blöden Lokalpartikularismus“. Sie vertreten in dieser Frage den ganz richtigen Standpunkt, der übrigens auch von unserem Verzeiter in der Reichstagsversammlung eingenommen worden ist, daß die Vereinigung aller vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zusammengehörigen und sachlich ungetrennten Demnisse, die sich aus den ertöbten territorialen Besitzverhältnissen ergeben, unbedingt im Interesse der industriellen Weiterentwicklung beieitigt werden müssen. Wir hoffen dringend, daß das Reich, dessen Entscheidung der Hamburger Senat anrufen hat, in dieser Frage die Interessen der Gesamtheit über die Enklavenheit des preussischen Standpunktes stellen wird. Ebenso hoffen wir, daß auch bei anderen territorialen Fragen das neue Deutschland etwas schneller und wirksamer mit allem historischen Wunder anräumen wird, der zum Demmich der Weiterentwicklung zu werden droht.

Als Kuriosum wollen wir nur noch erwähnen, daß Südekum, dessen Standpunkt sich in der ganzen Berliner Presse abzeichnet wird, den hervorragenden Geschmack besitzt, diese Ablehnung darauf zurückzuführen, daß die Hamburger die Berliner Presse zu einer Information eingeladen hat. So ähnlich hätte ein altpreussischer Geheimrat sich auch geäußert, wenn „traud welche Journalisten“ seiner Verwaltung widersprochen hätten.

Stinnes in Belgischer Beleuchtung

(D.A.) Brüssel, 23. August. „La Libre Belgique“ veröffentlicht einen langen Artikel über die großen deutschen Konfortien, in dem das belgische Volk sich besonders mit Stinnes beschäftigt. Es heißt da: „Stinnes' Macht in ganz Deutschland ist außerordentlich und tyrannisch. Bergwerke, Fabriken, Transportwesen, Hotels, Zeitungen, landwirtschaftliche Betriebe, nichts entgeht seiner zentralisierenden Macht und seinem Kapital. Er kauft Schiffe, fast Fuß in den größten Häusern Hamburgs, wo seiner Treulosigkeit sogar dazu führt, daß man ihn im April 1921 selbst aus dem Administrationsrat der Hamburg-Amerika-Linie austieß. Endlich behält sich seine Tätigkeit auch auf das Ausland aus. In Schweden, in Norwegen, in Rußland, in

Österreich und bis hinein nach Spanien kauft er Schiffsbauwerke, Bergwerkskonzessionen und kontrolliert an anderer Stelle die Produktion, die er durch seine Kohlenbestände aus Weltmärkten unterstüßt. Ueberall hin im Jänner wie nach dem Neuzerren dehnt Stinnes seine rüberirische Macht aus. Bis zu welchem Grade sind ausländische Kapitalien an dem Stinnes-Konfortium beteiligt? Es ist nicht leicht, das zu wissen. Im Jahre 1921 betrug die Gesamtheit der Interessen des Konfortiums etwa 8 Milliarden Mark. Das Privatvermögen Stinnes' wird auf mehr als eine Milliarde Mark geschätzt, im Jahre 1914 besaß er nur 30 Millionen Mark und 1900 gar nur 10 Millionen. Unter dem Konfortium Stinnes arbeiten die großen Konfortien Altkauer, Stumm, Daniel, Thoffen, Krupp und die K. G. O., deren Chef Rathenau war, diese Konfortien bilden die Basis des Wirtschaftsgebäudes Deutschlands.“

Mexiko und die amerikanischen Gewerkschaften

(N.Y.) Die die „Veterated Press“ meldet, hat nach einer Mitteilung von Walter A. Harrow, den aus Mexiko zurückgekehrten Führer der Oel-, Gas- und Raffinerie-Arbeiter von Amerika, einer Nacharbeiterklasse, die ihre Mitglieder vor allem in den Oelaktiven von Texas und Kalifornien hat, die mexikanische Regierung eine amerikanische Gewerkschaften ein Gebiet von 500 Quadratmeilen in den Staaten von Cuernedo, Puebla und Morelos (südlich von Mexiko City) mit außerordentlich reichen Oelquellen unter der Bedingung annehmen, daß die amerikanischen Arbeiter das zur Inbetriebnahme der fünf ersten Bohrarme benötigte Kapital von 1.000.000 Dollar und gelernte Arbeiter zur Verfügung stellen und der mexikanischen Regierung von dem Ertrag eine 25-prozentige Abgabe leisten. Die mexikanische Regierung verpflichtet sich ihrerseits, alles für ihre Oelbohrbetriebe benötigte Oel, für das sie jetzt allmonatlich 108.000 Dollar vorauspaßt, von diesem neuen Unternehmen zu beziehen. Nach einer weiteren Mitteilung Harrows hat sich in Kalifornien bereits eine „Mexikanische Petroleumförderungs-Gesellschaft“ mit bis jetzt an die 1000 Mitglieder gebildet, die sämtlich Nacharbeiter aus der Oelindustrie sind; diese neue Gesellschaft hat sich ihrerseits zur Ausfindung der erforderlichen Kapitalien mit verschiedenen anderen sogenannten internationalen Gewerkschaften in Verbindung gesetzt.

Su dieser Meldung wäre noch zu bemerken, daß unter dem 6. Juli im Auftrag der diesjährigen Jahresversammlung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Präsident Comper an den Staatssekretär Hughes die Aufforderung gerichtet hat, daß endlich die Anerkennung der Vereinigten Staaten die seit über zwei Jahre im Amt befindliche Regierung Oregon anerkenne.

Aus der Partei

Kreisitag der USP. Pfalz

Am Sonntag fand in Lamprecht ein Kreisitag der USP. Pfalz statt, der sich in der Hauptsache mit der Beitragserhöhung und mit der Einigungsfrage beschäftigte. Zur Beitragserhöhung wurde beschlossen, den Beitrag monatlich für männliche Mitglieder auf 20 Mark und für Frauen auf 4 Mark festzusetzen. Frauen, die beruflich tätig sind, sollen freiwillig Beiträge in der Höhe von 10 Mark leisten. In Zukunft soll der Kreisvorsitz die Beiträge monatlich entsprechend der Geldentwertung festsetzen.

Demnach beschloß der Kreisitag nach einem Referat des Genossen Rieckhoff-München und einem Konreferat des Genossen Ludwig Birnbaum mit 21 gegen 14 Stimmen zur Einigungsfrage folgende Resolution:

„Der Kreisitag der Kreisorganisation Pfalz vermag den Beschlüssen und der Taktik der Parteinstanzen zu der durch den Rathenau-Mord geschaffenen Lage nicht vorbehaltlos zuzustimmen.“

Die Delegierten sind aber noch wie vor entschlossen, der Partei mit allen Kräften zu dienen und am weiteren Aufbau und der Ausbreitung ihrer Grundzüge unbedrossen mitzuwirken.

Von den die Vorarbeiten zur Wiedervereinigung mit der SPD. leitenden Instanzen fordern sie aber, daß solche Grundlagen geschaffen werden, die es auch jedem sozialistisch gefühlten und klassenbewußten Arbeiter ermöglichen, zuzustimmen, und die auch fernere Schritte bieten für einen dauernden Bestand der Einigung, die vor allem beide Parteien als Gleichberechtigte zusammenführen.

Die Einheit des Proletariats ist notwendig. Sie kann aber nur von Dauer und Nutzen sein, wenn sie begründet wird auf dem Boden eines den Klassenkampf anerkennenden und nachhaft sozialistischen Geist aimenden Programms.

Der Unterbezirk Duisburg für die Einigung

Eine am Sonntag, den 20. d. Mis., stattgefundene Unterbezirkskonferenz für Duisburg sprach sich mit 30 gegen 3 Stimmen für die Vereinigung der USP. und SPD. aus. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Wiele jetzt abseitsstehende frühere Mitkämpfer erwarten die Wiedervereinigung. Die bestehenden Parteitage der beiden sozialistischen Parteien haben in dieser Situation eine hochbedeutsame Aufgabe, die sich günstig lösen läßt, wenn als Grundlage zur Wiedervereinigung das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil beiderseits Anerkennung findet.“

Der Staatsgerichtshof hat auf Grund des Reichsammnestiegesetzes die aus dem Marsaustand herrührenden Hochverratsverfahren gegen sieben Mitglieder der RPD., Alfred Lemel aus Halle (mittlerweile verstorben), Paul Bowitzki aus Halle, Gustav Schmidt aus Halle, Fritz Rusch aus Berlin, Friedrich Maerker aus Unterirgendental, Kadat Maslow aus Kriwoj Rog und gegen Wilh. Spangenberg aus Gera eingestellt. Nicht eingestellt hingegen wurde das Hochverratsverfahren gegen Hugo Eberlein aus Berlin und Josef Schneider aus Eisleben, Eberlein und Schneider sind flüchtig.

Nam Klientel auf Gorden teilt die Abstellung Ia. des Berliner Polizeipräsidiums mit, daß die Garnierung in kürzester Zeit abgeschlossen sein werde. Auf den Oberleutnant a. D. Walter Adernann werde noch abgesehen. Für seine Erziehung sind 100.000 M. ausgesetzt.

Der Verfall des russischen Schulwesens. Die Moskauer sozialistischen „Iswestija“ (Nr. 183) bringen unter der Ueberschrift „Werden wir in diesem Jahre eine Schule haben?“ einen überaus schoenen Artikel, worin das Darniederliegen des Schulwesens im Sowjetstaate gebremst wird. Die Schule in Rußland, so heißt es in dem Artikel, befindet sich im Zustande äußersten Verfalls. Die Folge davon sei ein Sinken des allgemeinen Bildungsstandes und eine Zunahme des Analphabetentums.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 24. August

- 4. Verwaltungsbereich... 10. Diktat... 15. Diktat... 19. Diktat... 20. Diktat...

Freitag, den 25. August

- 30. Verwaltungsbereich... 9. Diktat... 12. Diktat...

Freitag, den 25. August... 11. Vorführung...

Sonnabend, den 26. August

NSDAP-Kreis- und Genossenschaft...

Vereinskalender

Donnerstag, den 24. August

- 19. Verwaltungsbereich... 19. Verwaltungsbereich... 19. Verwaltungsbereich...

Brandenburger... Tagesordnung...

Freitag, den 25. August

Deutsche Friedensgesellschaft...

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Berlin... Jugendbewegung...

Verantwortlich für die Redaktion... Berlin...

Dixin das dankbare Seifenpulver ist sparsam im Gebrauch und billig. ALLEINIGE HERSTELLER: HENKEL & Co., DUSSELDORF

Theater u. Vergnügungen... Volksbühne... Theater am Nollendorfplatz...

INDRA-PARK... Billiger Volkstag bei vollem Betrieb...

Deutscher Metallarbeiter-Verein... Branzen-Versammlung...

Geld, Silber, Platin... Raubiaba...

Garderoben... Tei zahlung...

Alle Seifenhändler... Emerich A. Salgo...

Metalle... Metall...

Bienenfrauen gesucht... Spedition...

Außerordentl. Vertrauensmänner-Konferenz...

Zur Mieter unentbehrlich... Reichsmietengesetz mit Kommentar und Ausführungsordnung...

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland... G. LELEWITSCH... G. SSEMIONOW...

Möbel-Frese... Möbel-Frese...

Kleine Anzeigen

Verkäufe... Kabrräder... Möbel... Kaufsuche...

Zahle für... Metall... Eisen, Knochen...

Vom werden der Volksoper

Bekanntlich hatte vor wenigen Monaten der Reichspräsident selbst zu einer Verberanftaltung im Reichstag eingeladen, die der „Großen Volksoper Berlin“ galt. Seitdem ist die allgemeine Aufmerksamkeit in immer zunehmendem Grade dem Unternehmen gewonnen worden.

Zwei Wege — beides, bühnenmäßig gesprochen, Notausgänge — konnten, mußten von der Volksoper gegangen werden: der eine, musikalische Bühnenkunst überall hinzutragen, wo nur einigermaßen geeignete Räumlichkeiten im Herzen des Volkslebens zur Verfügung standen; der zweite, in einem fremden Theater ein vorläufiges Heim zu suchen.

Der erste Weg, den die „Große Volksoper“ ging, fand nachher, Oper bemächtigt sich der Vorstadttheater. Der Gedanke kann also gar nicht so schlecht gewesen sein.

Seit der Propagandaveranstaltung des Reichspräsidenten ist ja manches geschehen, was den Volksopergedanken dem Volk selbst wieder entzieht. Die wenigsten, allerwenigsten aus dem hungernden Volk werden in diesem Winter die Musik knurrender Mägen mit Opernmelodie betäuben können.

Es ist uns nicht opernmäßig zu Mut. Wir werden weniger Anrecht auf Kunst haben als jemals.

Und vorerst wird die Arbeiterkassen vom Begrüßungs- und beachtenswerten Volksoperunternehmen nicht allzuviel haben. Entrechtung der Zeit. Gleichwohl gebührt den

Männern, die sich bisher ernstlich um eine Kunststätte für das Volk bemühten, Dank und Unterstützung. Es ist nicht ihre Schuld, wenn die Kunst mit dem Volke flöten gehen wird.

Der Baum der Erkenntnis

Arbor magistratus Micheli — so heißt jener seltsame Baum, der hauptsächlich in Deutschland vorkommt. Die Bewohner dieses Landes betrachten ihn als einen heiligen Baum und bringen ihm mancherlei Opfer dar.

Ihr denkt, ich spräche von altgermanischer Vorzeit? Ich bewahre! Dieser Baum der Erkenntnis findet sich heutzutage noch überall bei uns, und er wird — wie schon in alter Zeit — immer noch hochheilig gehalten.

So will ich versuchen, ihn zu schildern: Sein Stamm ist rund, vier- oder sechseckig, von Farbe weiß (keine Birke) oder schwarzweiß (Ahal). Rinde hat er nicht, sondern nur ein einziges, großes weißes Blatt; auf dem steht: Verboten ist....

Wo steht in Deutschland dieser Baum der Erkenntnis nicht? Blätter und Blättchen von ihm sind zu Tausenden überall dorthin geweht, sind überall da zu finden, wo für den ganzen Baum kein Platz ist.

Verboten, verboten — steht auf all' diesen Blättern. Sie sind in die Eisenbahnwagen gesteckt, kleben in den Postkammern, in den Straßenbahnwagen, in Kassen, Banken, Wirtschaften, Märkten, Schulen — sind hingewirbelt durch das ganze öffentliche Leben.

Es ist mir so in der Erinnerung, als hätte Deutschland einmal eine große Revolution erlebt. Man sang Freiheitslieder; es raffelte und klirrte, als wenn Ketten fiele. Steinernen Kolosse stürzten von morchen Sockeln, und schienen doch für die Ewigkeit gebaut zu sein.

Freiheit, Freiheit! — jubelten wir... Ja, und an jedem Bahnübergang steht noch der Hahnenkamm der Besche: Halt, wenn die Schranke geschlossen ist!!! Habt ihr auch schon recht überlegt, welche dämmernde Tiefe der Unwissenheit in diesen Worten liegt?

Ihr denkt, das sei kleinstliches Bemühen um wesenlose Dinge? Nein, durchaus nicht! Wie wenigen ist es gegeben, ins Große zu wirken; wie selten bietet die Weltgeschichte dazu die Gelegenheit! Uns, den vielen, bleibt nichts anderes übrig, als mit Fäusten und Krallen unsere kleinen Freiheiten gegen die kleinen Schlangen bürokratischer Reaktion, überheblicher Unterorgane zu verteidigen.

Der Baum der Erkenntnis, Arbor magistratus Micheli, steht noch in Tausenden von Exemplaren im Land, an alte Anrecht geschickend, das Selbstverständliche noch extra beschildernd. Beschalt? Weil die hohe Obrigkeit beschließen will, weil jeder Michel, der etwas sagen darf, auch etwas sagen, vorschreiben, beschließen, beordern und beschließen will!!!

Revolutions ist über das Land gedrückt, und die Schilder der Zartheit haben noch nicht eine nützliche Verwendung, etwa als Brennholz, gefunden.

Der Militarismus mit der Anrecht der Dienstzwanges war durch den Krieg seiner selbst müde geworden und beging Selbstmord. (... leider bisher nur in Deutschland!)

Mit ihm sank die freiwillige Kassenkasserei mit Kriecherei vor dem Gottesgnadentum dahin.

Haben wir nun Freiheit? Hat nun jede lästige, kleinliche, überflüssige, ärgerliche Bevormundung aufgehört?

Keineswegs. Der Baum der Erkenntnis steht immer noch in voller Blüte. Immer noch läßt er uns erkennen: Ihr seid Elenden! — Verboten ist....

Haltet euch! Die Reaktion im Kleinsten ist unsere größte Gefahr! h. s.

Die Umbildung der Berliner Schutzpolizei

Wie die Sachverständigen-Korrespondenz meldet, ist in der Berliner Schutzpolizei die auf Grund der bekannten Erlasse des Preussischen Ministeriums des Innern notwendig gewordene Neuorganisation in vollem Gange. Bei der Gruppen Mitte und Süd ist die Auflösung der Hundertschaften und die Verteilung der Beamten auf die Einzelreviere bereits durchgeführt worden.

Laubkolonisten-Demonstration

Der Reichsverband der Kleingarten-Bereine Deutschlands, Gauverband Groß-Berlin, veranstaltet am Donnerstag, dem 24. August 1922, abends 6 Uhr, eine Demonstration der gesamten Laubkolonisten Groß-Berlins auf dem Neuen Markt.

Es kann nicht angehen, daß wir in der wichtigsten Frage der Groß-Berliner Kleingartenbewegung, Schaffung von Dauerkolonien, seit Jahren keinen Schritt vorwärts gekommen sind. So daß sich die mahnenden Stellen heute mehr als jemals drängen, diese Sache auch nur in Angriff zu nehmen.

Die städtischen Lohnerhöhungen

Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung der Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter ab 1. August 1922 nach dem Vorschlag der Tarifdeputation zugestimmt. Diese Erhöhung soll unter anderem die weiteren Verhandlungen und vorbehaltlich des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung sofort in voller Höhe zur Auszahlung gelangen.

Die weltliche Schule in Moabit

Die Vorarbeiten zur Verwirklichung der weltlichen Schule im Kreis Tiergarten, die sich die „Freie Schulgemeinde“ zum Ziel gesetzt hat, sind soweit gediehen, daß mit der Eröffnung zweier Schulen in Moabit zum 1. Oktober 1922 gerechnet werden kann.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(27. Fortsetzung.)

Kam er ihr nur heim! Sie wollte ihm schon die Leber schleimen. Zornig stapfte sie die Treppe herunter und ging in die Ziegelhütte — und schaffte wie ein Feind, vor lauter innerer Wut. Und wenn ihr einer nur mit einem Wörtchen zu nahe kam, dann slog ihm gleich ein ganzer Sautrog voll an den Schädel.

Die Klar sagte zum Philipp nichts. Sie fand nie den Mut so recht. Und wenn sie etwas sagen wollte, kam es ihr so dümmlich vor. Sie schüttelte sich hinter ein Schimpfwort. Bei jeder Gelegenheit schmiss sie ihm ein „Laushub“ an den Kopf. Er sollte fühlen, wer er war und wer sie war. Und manchmal sagte sie auch „Hochmutsstuch!“

Aber er blieb doch, wie er nun einmal war. Sein zweiter Vater, sagte sich manchmal die Klar, nur anders. Aber doch grad wie der.

Und sie hatte einen Zorn auf ihn. Aber noch mehr auf die andern, die Gulenmüllerbuben, den Schlüssel, den Lukas, den Krafft. Nein, auf den nicht. Aber doch.

Himmel! sie wollte auch was gelten! Und manchmal kam ihr sogar die Angst, ob die Leute nicht recht haben könnten, ob's am Ende wirklich nicht gut ausgehe.

Aber sie hatte nun einmal den Narren dran gefressen, daß der Philipp etwas Extraes werden sollte. Sie ging eines Tages zur alten Visbeth und schüttelte der ihr Herz aus.

Die Visbeth hörte sie ruhig an, dann sagte sie: „Ja, Klar, du mußt die Wahl treffen — willst du deinen Vuben haben wie du bist, oder willst ihn haben wie du dir's gedacht hast, was Besseres. Dann mußt du auch auf dich nehmen, daß dir's weh tut. Denn wenn sich einer nur auf eine Treppenstufe höher stellt, so quadt er halt schon herunter auf den, der drunten steht. Das ist so. Das hat noch kein Mensch geändert

und wird keiner ändern. Bloß — du hast's in der Hand — du kannst deinen Philipp wieder von der Treppe herunter nehmen. Das kannst du tun. Die Wahl hast du. Ob du dann recht tust — man hebt doch niemand in die Höh, um ihn wieder fallen zu lassen. Das tut weher, als gar nit gehoben.“

„Und ich?“

„Und du? Ja, was denn, und du? Wo er anfängt, hast doch du schon aufgehört. Oder meinst du, er wär für dich da? Ja auch, 's ist kein Mensch für sich alleine da. Aber 's ist doch jeder Mensch zuerst für sich da.“

„Ich versteh Euch nit, Visbeth.“

„Du hast was angefangen, Klar, führ's aus. Das ist, was du von der Vuben hast. Weiter gar nichts. Rechen nit auf später. Du hast was angefangen, du hast's ausgeführt. Kein Mensch lohnt und dankt dir's — aber deshalb gilt's doch, was es gilt. Und dann trag was es mit sich bringt. Ärger, Kummer, Feindschaft, Zurücksetzung. Es ist natürlich in unserer engen Vass was Besonderes — und auch für Leute wie uns — wenn's aber nichts Besonderes wär, so hättest du auch nichts dabei zu ertragen — und den Leuten täst nit zählen — und der Philipp tät in der Leitenkant stehen und wüßt nit weiter und wöllt nit weiter.“

„Ihr meint, Majern?“

„Ja, ich mein. Nur nit gleich ein Verdienst und Bedankemich haben wollen. Wenn man das will, kriegt man's nie. Was man tut, das tut man, weil man's so will und weil's eim freut. Weil man selbst eine Freud dran hat. Man muß an allem in den Welt eine Freud haben. Dann geht einem die Welt gar nichts mehr an. Dann kann man ganz still für sich sein. Und dann hat man alles und braucht gar nichts zu erwarten.“

„So meint Ihr?“

„Ja, Klar.“

„Und 's wär gut so?“

„Es ist ganz natürlich so. Es tut eim freilich weh, wenn einer was Besseres will, als man selber ist. Aber man muß doch seine Freud dran haben.“

„Na, wenn Ihr meint,“ sagte die Klar. Dann ging sie und behielt nur, daß sie sich freuen sollte. Das sagte sie sich beständig vor. Da war's ihr wirklich, als wär's ihr ganz hell. So ein bißchen wie Sonntag draußen im Feld. Wenn's so still ist. Grad, als ob der liebe Herrgott selber sich am Bach an einen Weidenstumpf gesetzt hätt und guckte dem Wasser zu und hätt seinen Spaß dran, wie's läuft.

Als am Nachmittag dieses Tages der Philipp von der Schule heim durch die Gasse ging, stand die Visbeth an ihrem Hofstorch und wartete auf ihn. Sie hielt einen großen Milchtopf in der Hand. Sie fragte den Philipp, ob er ihr Milch holen möchte.

Er wurde rot. Und er betrauerte den großen Topf, den man beim Tragen gar nicht verbergen konnte. Er hätte gerne nein gesagt. Aber er sagte doch ja. Er nahm den Topf und ging. Zum Schnellbachs Michel. Auch noch.

„Nit wo anders?“

„Nein,“ rief ihm die Visbeth nach, „dort hab ich die Milch bestellt.“

Sie ging ins Haus und schmunzelte.

Als der Philipp zurück kam, sah sie ihn freundlich an.

„Best,“ fragte sie, „hast's nit gern getan?“

„Mit beis Schnellbachs Michel.“

„Er kann dich nit leiden?“

„Er ist ein Esel. Ein dummer Bauer.“

„Aber gebissen hat er dich nit?“

„Nein.“

„Hast ihm grad in die Augen gesehen?“

„Ganz grad.“

„Er veracht dich, weil du arm bist — du verachtst ihn, weil er dumm ist. Willst du da noch was heraus haben?“

„Weil er ein Esel ist und ich nur arm bin!“

„Das gibt dir kein Recht mehr, weil's eine Unrecht ist wie's andere. Nur — du mußt zeigen, daß er Unrecht hat. Du mußt was Tüchtiges lernen und leisten, und nit hochmütig dabei werden. Denn Hochmut ist Dummheit.“ (Fortsetzung folgt.)

Schuldeputation einen Fragebogen, auf dem sie ihre Bereitwilligkeit, ihre Kinder in der weltlichen Schule unterrichten zu lassen, bestätigen müssen. Ist also die nötige Kinderzahl vorhanden, so bekommt Noabit zum 1. Oktober seine zu schichtweise erwartete weltliche Schule. Auskunft erteilt und Anmeldungen für die Mittelschule der Freien Schulgemeinde Berlin-Tiergarten nimmt entgegen: Gen. Grawunder, Rigarenladen, Bielestraße 15, und Freiheit-Expedition Wittthoder Straße 19, bei Kranen.

Ein Zentner Zucker 9000 Mark

„Auslandszucker“ wird gegenwärtig den Händlern mit 80 Mark angeboten. Der Pfundverkaufspreis würde sich hiernach auf etwa 90 Mark stellen. Was die Kleinbändler an Zucker noch vorräthig haben, geben sie mit 50—55 Mark ab. Allgemein wird im Kleinhandel geklagt, daß bei so hohen Preisen das Geld für Einkäufe zu fehlen beginnt.

Sein 50jähriges Jubiläum als Krankenkassenangehörter feiert heute der Genosse Otto Krüder, welcher analog auf eine 40jährige Parteimitgliedschaft zurückblicken kann. Krüder war einer der Mitbegründer des 2. Berliner Reichstagswahlkreises, und Anführer der neunten Jahre dessen Vorsitzender. Noch heute nimmt er regen Anteil an der politischen Bewegung, und die Genossen des 18. Distrikts wünschen ihn noch recht lange in ihren Reihen zu sehen.

Rechtsanwaltskanzlei Tempelhof. Das Bezirksamt Tempelhof weist nochmals darauf hin, daß es eine Rechtsanwaltskanzlei errichtet hat, in welcher für die minderbemittelte Bevölkerung Rechtsanwaltschaft unentgeltlich erteilt wird und nötigenfalls auch Schriftsätze in allen Rechtsangelegenheiten gegen Erhaltung von Porto und Papierkosten angefertigt werden. Auskunft wird im Verwaltungsgebäude, Dorfstr. 17, Hinterhaus 2 Treppen, Zimmer 13—14, an allen Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und außerdem am 1. und 3. Montag jeden Monats im Sitzungssaal Nr. 28, Dorfstr. 42, 1. Treppen, in der Zeit von 4—6 Uhr nachmittags, erteilt.

Das Finanzamt Friedrichshagen (VIII), zuständig für die Stadtbezirke 177 A bis 181 K und 180 A bis F, wird am 23. und 29. d. Mts. von der Fädenstraße 59 nach Fuedstraße 5 B verlegt. Das Finanzamt bleibt vom 26. bis 30. d. Mts. für den Publikumsverkehr geschlossen, es werden an diesen Tagen nur Vahlsachen erledigt.

Veranstaltung für Geschlechtskranke. Mit Rücksicht auf vielfache Anfragen weist die Landesversicherungsanstalt Berlin darauf hin, daß die in ihrem Dienstgebäude, Am Köpenicker Park 3, eingerichtete Beratungsstelle für Geschlechtskranke auch in den Sommermonaten unverändert tätig ist. Geöffnet für Männer: Montag, Dienstag, Sonnabend abends 7—8 $\frac{1}{2}$ Uhr, für Frauen: Mittwoch abends 7—8 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Nachträgliche Untersuchung und Beratung erfolgt kostenlos. Niemand braucht seinen Namen zu nennen.

Rückfälliges Verbrechen gegen die Autorität. In letzter Zeit haben sich die Unachtsamkeiten und Unachtsamkeiten im Kraftwagenverkehr, größtenteils herbeigeführt durch zu schnelles und rücksichtsloses Fahren der Führer, derart gehäuft, daß sich der Polizeipräsident gezwungen sieht, rücksichtslos gegen das zu schnelle Fahren vorzugehen. Er hat eine Verfügung dahin erlassen, daß bei Ueberschreitung der Geschwindigkeit von 40 Kilometern im ersten Falle neben einer Verurteilung mit 200 Mark die Entziehung des Führerweises angedroht, im zweiten Falle neben einer Verurteilung mit 300 Mark der Führerweiser entzogen wird. Beim Fahren mit einer Geschwindigkeit von über 55 Kilometern wird bereits im ersten Falle sofort der Führerweiser entzogen, was eine gleichzeitige Verurteilung mit 300 Mark tritt. Der Führerweiser wird auch dann sofort entzogen, wenn bei einem Zusammenstoß oder beim Uebertreten einer Person Verletzung ist, daß der Unachtsamkeit durch zu schnelles Fahren oder sonstiges Verschulden des Führers herbeigeführt worden ist.

Vom eigenen Führerwert überfahren. Der Führerweiser Ernst Wänke fiel in Adlershof in der neunten Abendstunde vom Bod des von ihm geleiteten Wagens und geriet so unglücklich unter die Räder, daß er einen Beinbruch erlitt. Der Autobesitzer, Kohlenhändler Hans Petrich aus der Müllerstraße 112 in Berlin, welcher gerade vorüberfuhr, stellte in anerkannter Weise sein Auto zur Verfügung und schaffte die Verunfallten nach der Rettungswache in Köpenick.

Gewerkschaftlicher Laubeneuberecher gefaßt. Was die Laubeneuberecher mit Fleisch und Speckfleisch zusammenstellen, wird immer noch von den gewissenlosesten aller Diebe gestohlen. Der Aufrichtigkeit der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen gewerkschaftlichen Eindringling beim Einbruch in eine Laube der Kolonie Immensee bei Baumgartenweg in der fünften Morgenstunde abzufassen. Er entpuppte sich als der erst vor drei Wochen aus dem Gefängnis entlassene, nach Berlin ausgewanderte Wäbriane Arbeiter Wilhelm Korchter und aus 6—8 Laubeneuberecher an ihm angeblich nicht mehr erinnerlichen Stellen zu, hat aber wahrscheinlich viel mehr auf dem Herdholz. Auch ein Einbruch in die Kolonie Rietzholzen ist ihm bereits nachgewiesen.

Das Geld liegt an der Lissah-Säule. Gegen 4 Uhr früh wurde der 27 Jahre alte Arbeiter Karl Dalbauer aus der Zwinglstraße dabei betroffen, als er von der Anklamstraße Ecke der Rathenower und Zwingl-Straße das die übereinanderliegende Papier abriß und etwa 50 Kilogramm davon bereits aufgeschapelt hatte. Er wurde festgenommen und nach der nächsten Polizeiwache geführt, wo er ausgab, daß er das Papier habe verkaufen wollen.

Beim Baden ertrunken. Vorgestern nachmittags ertrank beim Baden im Freibad Grünau der 20 Jahre alte Köhler Otto Rieckmann, Weidenweg 88 wohnhaft gewesen. Der Reichswasserleitung wurde sofort das Wasser ab, konnte aber die Leiche bisher nicht bergen.

Gewerkschaftliches

Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter Zweiter Verhandlungstag

Die Verhandlungen wurden am Dienstag früh fortgeführt. Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Aus dem Kassenbericht, den hierauf der Hauptkassierer Ruppert gab, ist zu entnehmen, daß die Hauptkasse, Vermögensverwaltung und Filialkassen am Schluß des Berichtsjahres über einen Vermögensstand von 24 942 837 Mark verfügten. Die Finanzentwicklung während der Berichtsperiode sei befriedigend, jedoch müsse alles versucht werden, die Mitglieder in die Beitragskassen hineinzubringen, in die sie auf Grund der neu festgelegten Beiträge hineingehören. Der von den Revisoren beantragte Entlastungsbericht wurde zugestimmt.

Dem Kassenbericht folgten Referate von Schulz (Vorhand) über das Wirken der Reichssektion für Gesundheitswesen und Stetter (Vorhand) über die Reichssektion der Staatsarbeiter — und Beamten.

Lang-Stuttgart gab dann den Ausschlußbericht, der sich mit internen Verbandsangelegenheiten beschäftigt.

Für die dann einsetzende Generaldiskussion beschloß der Verbandstag mit 186 gegen 97 Stimmen, die in der Geschäftsordnung vorgesehene unbeschränkte Redezeit auf 25 Minuten zu beschränken. Dieser Beschluß löste eine große Erregung aus. Der Gauleiter Jagodschinsky-Berlin, der als erster Redner vorgemeldet war, verzichtete unter diesen Umständen auf Wort. Ein Teil der Delegierten, besonders die Berliner, verließen den Tagungsraum und traten zu einer Besprechung zusammen. Der Vorsitzende teilte mit, daß ein Antrag eingereicht worden ist, für je einen Redner der drei Abteilungen unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag auf einstündige Redezeit für diese Redner wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, einem Berliner Delegierten zur Rechtfertigung des Berliner Streikhandpunktes eine unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Nach Rückkehr der Berliner Delegation erklärte diese sich von dem Ausgangspunkt nicht befriedigt und stellte einen Antrag auf namentliche Abstimmung über Wiedereröffnung der unbeschränkten Redezeit für alle. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 144 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat überall wie ein Blitz gewirkt. Aus allen Teilen des Reiches treffen begeisterte Kundgebungen der fortschrittlich gerichteten Beamtenschaft ein. Die Ausführungen der in den verschiedenen Orten tätigen auswärtigen Referenten des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurden überall anerkannt. Nunmehr wird auch hier in Berlin der großen Zahl der Beamtenschaft Gelegenheit gegeben, sich mit den Grundgedanken des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes vertraut zu machen. In einer öffentlichen Beamtenversammlung am Donnerstag, dem 24. August 1922, abends 7.30 Uhr in der Germania-Sälen, Berlin, Chausseestraße 110, werden die Vorstandsmitglieder des ADB, Albert Falkenbera und Theodor Kobur über den Stand der Reichs- und Besoldungsfragen und über die künftige gewerkschaftliche Organisationsform der Beamten sprechen. Danach findet eine freie Aussprache statt. Alle Beamte Beamtenanwärter im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst werden vom Ortsauschuß Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu dieser Versammlung eingeladen, welche hoffentlich auch den den Beamtentreffen des ADB, noch fernstehenden die notwendige Klarheit über die künftige Organisationsform der Beamten bringen wird.

Delegiertenversammlung der Buchdrucker

Am Dienstag abend nahmen die Funktionäre der Berliner Buchdrucker zu dem neuen Lohnabkommen Stellung. Der Gewerkschaftliche Rat berichtete über die am letzten Sonnabend beendeten Verhandlungen der Reichsstarikkommission, über die wir bereits berichtet haben. Im Austrage des Gewerkschaftlichen Rates empfahl Ratiffini das neue Abkommen zur Annahme.

Hierzu lagen aus verschiedenen Betrieben mehrere Resolutionen vor, in denen das neue Lohnabkommen als völlig unzureichend bezeichnet wird. Es wird die Ablehnung des Abkommens und die Einstellung von sofortigen neuen Verhandlungen für Berlin mit den Berliner Unternehmern gefordert. Alle Diskussionsredner sprachen sich in diesem Sinne aus.

Der zweite Verhandlungsvorsitzende Kraus versuchte das Lohnabkommen zu rechtfertigen und empfahl der Versammlung seine Annahme. Genosse Kiedler trat der Auffassung Ratiffinis und Kraus entgegen. Es gelang ihm nachzuweisen, daß die Buchdrucker die schlechteste Arbeitergruppe ist. Nur die Angestellten der Wach- und Schlichtfabriken seien noch schlechter bezahlt. Die Versammlung stellte sich schließlich einstimmig auf den Standpunkt der oben wiedergegebenen Resolution. Der Gewerkschaftliche Ratiffini konnte mitteilen, daß die neuen Verhandlungen mit den Berliner Unternehmern bereits am Donnerstag nachmittags 4 Uhr stattfinden.

Generalversammlung der Glaser

Am Montag, dem 21. d. M., fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Glaser statt, in der der Bevollmächtigte Purr für die Lohnbewegungen in Potsdam, Frankfurt a. Oder und Rathenow berichtete. Er konnte mitteilen, daß diese Lohnbewegungen mit gutem Erfolg abgeschlossen werden konnten.

Purr teilte dann mit, daß die Organisation neue Lohnforderungen gestellt hat. Ab 21. d. M. soll eine Zulage von 5 Mark pro Stunde, ab 1. September ein Stundenlohn von 70 Mark gefordert werden.

In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Annahme dieser Forderungen aus, doch wurde betont, daß dadurch keineswegs ein Ausgleich für die immer mehr steigenden Kosten der Lebenshaltung geschaffen sei.

Die Generalversammlung stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, sich dem Bauergewerkschaftsbund anzuschließen. Der vorliegende Statutenentwurf soll jedoch einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden. Ferner wurde beschlossen, den Wochenbeitrag auf 35 Mark von der 36. Beitragswoche ab zu erheben. Der von der Gewerkschaftskommission geforderte Kulturbeitrag vom monatlich 1 Mark für die Nachwuchsbevölkerung wurde bewilligt.

Am Sonntag, dem 3. September, findet erneut eine Generalversammlung statt, die sich mit der Auffstellung der Kandidaten zum Verbandstag beschäftigt wird. Am 19. September wird die Generalversammlung die Anträge, die zum Verbandstag gestellt werden sollen, beraten.

Beendigung des Streiks der Bretterträger

Am Sonnabend, den 19. August 1922 fand eine Verhandlung zwecks Beilegung des Streiks bei dem Demobilisationskommissar statt. Nach mehrstündiger Verhandlung ist von dem Vertreter des Demobilisationskommissars folgende Verabreichungsvorschläge gemacht worden:

Die Bretterträger erhalten einen Stundenlohn für die Zeit vom 4. bis 17. August 36 M., vom 18. bis 31. August 45 M., vom 1. bis 14. September 50 M. Die Rutscher erhalten einen Wochenlohn für die Zeit vom 4. bis 17. August von 1500 M., vom 18. bis 31. August von 1687,50 M., vom 1. bis 14. September von 2212,50 M. Die übrigen Arbeitnehmer erhalten prozentuale Zuschläge zu ihren Löhnen.

Dieser Verabreichungsvorschlag wurde in der Versammlung der Bretterträger am Sonntag, den 20. August gegen eine starke Minorität angenommen. Demzufolge ist die Arbeit am Montag, den 21. August früh zur gewohnten Zeit aufgenommen worden. Damit ist der Streik der Bretterträger beendet.

Reinfall des G. d. A. im Bankgewerbe

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hatte die Bankgeschäften zu einer Versammlung aufgerufen. Aus den Ausführungen des Referenten konnte man heraushehren, daß der G. d. A. gern am Tarifvertrag des Bankgewerbes beteiligt sei, weil er 6 Prozent der Angestellten organisiert habe. Fritz Schmidt vom Zentralverband der Angestellten rechnete gründlich mit den Herrschaften ab, die vor und während des Krieges auf eifrige in Wort und Schrift Tarifausschlüsse für Angestellte abgelehnt und bekämpft haben und die als die Urheber der dunkelsten Einstellung mancher Angestellten bezeichnet werden müssen. Richtig ist, daß der G. d. A. an dem heutigen Abend der Angestellten, Herr Redner vom G. d. A. war durch diese Behauptung sichtlich betroffen. Möglich ist, daß die Vergangenheit ruhen zu lassen — Der G. d. A. habe sich doch „auf den Boden der Tatsachen gestellt.“

Eine Resolution der G. d. A.-Lente, die von versammelten dreitausend Bankangestellten sprach, wurde von freigewerkschaftlicher Seite bekräftigt auf dreihundert Angestellte aus allen Branchen. Damit war das Fiasko der Verammlung perfekt geworden.

Beendigung des Streiks im Eisenhandel

Durch Vermittlung des Demobilisationskommissars ist der seit neun Tagen dauernde Streik nunmehr beigelegt worden. — Die Aufnahme der Arbeit erfolgte heute früh in allen Betrieben reibungslos. Die neuen Abkommen können im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 24/25, Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises resp. der Streikkarte in Empfang genommen werden.

Mit der Beendigung des Streiks hat der Verband Berliner Metall-Industrieller, der bekanntermaßen die Arbeitgeber des Eisenhandels in diesen Streik hineingezogen hat, die wohlverdiente Niederlage erlitten. Hoffen wir, daß die Transportarbeiter der Metall-Industrie aus dem Kampf und Sieg der zu 90 Prozent organisierten Eisenarbeiter die Konsequenzen ziehen, daß auch sie ihre Organisation stärken.

Porzellanarbeiter. Die Arbeiterchaft der Porzellanfabrik der A. G. G. — Werke Deutlebors (Betriebsführung der Firma Rosenthal in Seib) haben wegen Lohnforderungen seit Montag, den 21. August im Streik. Zugang ist fortzusetzen. Die Streikleitung.

Neues Lohnabkommen. Für die in den Apotheken beschäftigten Laboranten, Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Heilmittelhersteller ist mit dem Berliner Apotheker-Verein ein neues Lohnabkommen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. August getätigt. Die gedruckten Tarife sind im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Berlin, Engelauer 24/25, Zimmer 31, gegen Ausweis der Mitgliedschaft erhältlich.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

WENESTI RUND OHNE GOLD